

Doppelt abkassiert

Mit der Gesundheitsreform hat Berlin 2004 Versicherten tief in die Tasche gegriffen und – lange unbemerkt – auch Rentnern. Klagen scheiterten vor Bundesgerichten. Doch Betroffene haben sich organisiert und machen weiter Druck auf die Politik.

VON KLAUS HOFTER

Es hat relativ lange gedauert, bis das Thema Sozialabgaben auf Leistungen aus bestimmten betrieblichen Altersvorsorgepolitiken hochkochte. Erst als immer mehr Beschäftigte in Ruhestand gingen und die Krankenkassen Beitragsbescheide schickten, wurde offenkundig, was seit 2004 Gesetz ist: Wer Geld aus einer Kapitallebensversicherung über den Betrieb erhält, zahlt – anders als bei Vertragsabschluss zugesichert – plötzlich Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung; auch den Arbeitgeberanteil. Dadurch verringert sich der Auszahlbetrag um rund 18 Prozent. „Die Belastung ist so hoch wie auf keine andere Altersrente“, urteilt etwa die Stiftung Warentest. Betroffene sind vor allem deshalb erzürnt, weil sie nun doppelt zahlen. Denn schon in der Ansparphase waren Kassenabgaben fällig.

Mit 40 Mitgliedern startete 2015 der Verein Direktversicherungsgeschädigter (DVG) seinen Kampf gegen den „Rechtsbruch des juristischen Prinzips der Vertragstreue“. Inzwischen sind es bundesweit mehr als 4000. Denn die neue Abgabenlast wurde nicht nur für Neuverträge fällig, sondern auch für alle bis dato abgeschlossenen Policen. Rund 6,3 Millionen Betroffene gibt es laut DVG, der mit Demos und mit regem Schriftverkehr mit Bundestagsabgeordneten gegen die „Abzocke und staatliche Willkür“ (Reiner Korth, stellvertretender Vorsitzender des DVG) kämpft. Der Verein fordert, die Beitragszahlungen sofort zu stoppen sowie Rechtssicherheit für Altverträge wiederherzustellen und für die Zukunft festzuschreiben. Passiert ist bislang so gut wie nichts. So wundert es nicht, dass der DVG mitten in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes für den gestrigen Mittwoch zu einem öffentlichem Symposium lud. Und das an einem geschichtsträchtigen Ort – im Hambacher Schloss

Als „Aufregerthema, das die Politik seit Jahren nicht richtig löst“ hat Ste-

fan Sell, Professor für Sozialwissenschaften an der Hochschule Koblenz, das Thema in Neustadt bezeichnet. Und auch Herman-Josef Tenhagen, Chefredakteur des Ratgeberportals Finanztip, lässt an der Politik in Sachen Rente kein gutes Haar: „Seit 25 Jahren doktern Regierungen an der Rente herum.“ Doch künftige Ruheständler fielen dabei oft hinten runter.

Juristisch dürfte der Kampf schwierig werden, zumal das Bundessozialgericht bereits abschlägig geurteilt hat. Nach Auskunft von DVG-Vize Korth sind derzeit aber drei Verfahren beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anhängig. Der Verein selbst habe überlegt, vor den Europäischen Gerichtshof zu ziehen, verzichte wegen der hohen Kosten aber darauf.

Was bleibt, ist die Hoffnung auf die Politik: Dass die Brisanz des Themas und die starke Betroffenheit heutiger und künftiger Rentner hoch ist, wissen einige Abgeordnete, wie Antwortschreiben auf Briefe von DVG-Mitgliedern zeigen. Gemacht hat die Regie-

rung bislang nur einen winzigen Schritt: Statt einer Freigrenze von 159 Euro gibt es nun einen Freibetrag in gleicher Höhe. Damit bleiben Einkünfte bis zu dieser Summe generell beitragsfrei. Im anderen Fall waren auf die gesamte Summe Beiträge zu zahlen, sobald sie einen Cent über den 159 Euro pro Monat lagen. Der DVG hofft, dass die künftige Regierung eine grundlegende Reform der Rente schafft und die Doppelbeitragslast abschafft – und das ebenfalls rückwirkend. Bislang, so der DVG, hätten Rentner bereits zwei Milliarden Euro an Kassenbeiträgen gezahlt.

Dem Argument der Politik, das Ganze sei mit elf Milliarden Euro nicht finanzierbar, entgegnet DVG-Vorstandsmitglied Thomas Hintsch, dass die Kassen jährlich um zehn Milliarden Euro entlastet werden könnten, hätten Union und SPD eine Koalitionsvereinbarung umgesetzt: die Übernahme des jährlichen Defizits bei der Krankenversicherung für Hartz-IV-Bezieher.

KOMMENTAR



Immer wieder, wie hier in Berlin, demonstrieren Mitglieder des Vereins gegen die doppelte Beitragslast.

FOTO: IMAGO IMAGES/ZUMA WIRE